



Niederschrift

Gremium: Ausschuss für Hochbau, Straßen und Verkehr
Sitzungs-Nr.: 16 / Wahlperiode 2001/2006
Sitzung am: 07.07.2004
Ort: Kreishaus, Vincent-Lübeck-Str. 2, Raum 402
Beginn: 13.04 Uhr **Ende:** 14.20 Uhr

Behandelte Tagesordnungspunkte:

- Öffentlicher Teil -

Seite:

- | | | |
|-----|---|---|
| 1 | Eröffnung der Sitzung; Feststellung der ordnungsmäßigen Ladung und der Beschlussfähigkeit | 3 |
| 2 | OS Langen - Umbau/Erweiterung zu einem Gymnasium - Sach- und Kostenstandsbericht | 3 |
| 3 | Mitteilungen und Anfragen | 5 |
| 3.1 | Dringlichkeitsantrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 07.07.2004 zu den Umbauarbeiten zur Einrichtung des Schulzentrums Beverstedt als Ganztagschule | 5 |
| 4 | Einwohnerfragestunde | 6 |

Anwesend waren:

Kreistagsabgeordneter von der Lieth, Elmlohe, Vorsitzender
Kreistagsabgeordneter Berghorn, Langen
Kreistagsabgeordneter Götjen, Lunestedt
Kreistagsabgeordneter Misch, Schiffdorf
Kreistagsabgeordneter Dr. Nixdorf, Langen
Kreistagsabgeordneter Nordbruch, Loxstedt
Kreistagsabgeordneter Saul, Hemmoor
Kreistagsabgeordneter Schütt, Cuxhaven
Kreistagsabgeordneter Seier, Dorum
Kreistagsabgeordneter Wiesen, Armstorf
Kreistagsabgeordneter Wrede, Loxstedt

Von der Verwaltung:

LR Bielefeld
KVOR'in Heitzig
KOAR'in Heß
KAR Lechlein
Dipl.-Ing. Rothermundt
Dipl.-Ing. Leitner, zugleich als Protokollführer

Entschuldigt fehlten:

Kreistagsabgeordnete Tecker, Schiffdorf
Kreistagsabgeordneter Gerken, Otterdorf
Kreistagsabgeordneter May, Loxstedt

Carsten Hubert, Gartenstr. 5, 21756 Osten
Andreas Lauer, Süderende 31, 21782 Bülkau
Christian Heitmann, Bismarckstr. 6, 27619 Schiffdorf

- Öffentlicher Teil -

Punkt 1: Eröffnung der Sitzung; Feststellung der ordnungsmäßigen Ladung und der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende eröffnete um 13.04 Uhr die ordnungsmäßig einberufene sechzehnte Sitzung des Ausschusses für Hochbau, Straßen und Verkehr, begrüßte die Anwesenden und stellte die Beschlussfähigkeit fest.

**Punkt 2: OS Langen - Umbau/Erweiterung zu einem Gymnasium
Sach- und Kostenstandsbericht**

Der Vorsitzende machte in seinen einführenden Worten zum Thema deutlich, dass anlässlich der Sitzung des Ausschusses für Hochbau, Straßen und Verkehr am 24.06.2004 der von der Verwaltung vorgestellte Entwurf für den Umbau/die Erweiterung der OS Langen zu einem Gymnasium mehrheitlich abgelehnt worden und die Verwaltung aufgefordert worden sei, den Entwurf nach den während der Sitzung vorgestellten Änderungswünschen umzuarbeiten. Das Ergebnis solle im Rahmen der anstehenden Sitzung erörtert und ein Beschluss zur weiteren Umsetzung gefasst werden.

LR Bielefeld teilte mit, dass dem Wunsch des Ausschusses nach Änderung des Entwurfes nachgekommen worden sei. Das Ergebnis könne sowohl anhand von aufgehängten Planunterlagen als auch in Form eines Modells abgelesen werden.

Sodann erläuterte Dipl.-Ing. Rothermundt die Unterschiede zwischen dem ursprünglichen Entwurf und den gewünschten Veränderungen. Dabei ging er sowohl auf die grundsätzlichen als auch auf die technischen und gestalterischen Belange ein. Außerdem wurde von ihm ausgeführt, dass die Kosten für die Umsetzung des Alternativentwurfes ca. 198.000,00 € höher seien als beim Originalentwurf. Die Kosten für die Kostengruppen 300/400 (Bauwerk - Baukonstruktion/Technische Anlagen -) würden nach der dafür erstellten Kosten-schätzung vom 20.02.2004 1.890.000,00 € betragen. Bei der Umsetzung des Alternativentwurfes würden Minderkosten in Höhe von 182.000,00 € durch den Entfall des Lehrerzimmers mit der damit verbundenen Technik entstehen, sich jedoch Mehrkosten in Höhe von 280.000,00 € für das Schließen des Dachbereiches und den Ausbau des sich ergebenden Obergeschossbereiches ergeben. Die Umsetzung des Entwurfes erfordere deshalb für die Kostengruppe 300/400 Gesamtkosten in Höhe von 2.088.000,00 €.

Die Kostenaussagen zu den Gesamtkosten wurden dadurch ergänzt, dass die im Rahmen einer Kostenermittlung für die Umsetzung der Maßnahme ermittelten Mehr- und Minderkosten von Dipl.-Ing. Leitner im Einzelnen vorgestellt wurden.

Abg. Götjen führte aus, dass die Umsetzung des Entwurfes des Technischen Gebäudeservices nach den von den Ausschussmitgliedern in der Sitzung am 24.06.2004 gewünschten Art und Weise viel an Ausstrahlung verlieren würde. Er könne sich deshalb für den Alternativentwurf nicht erwärmen und plädiere für die Umsetzung des ursprünglichen Entwurfes.

Abg. Seier deutete an, dass die dargestellte Kostensituation aus seiner Sicht zumindest überprüfungswürdig sei und wies außerdem darauf hin, dass der bei dem ursprünglichen Entwurf vorgesehene Flachdachbereich nach wie vor Gefahren berge. Er begründete dies mit einem partiellen Einsturz eines Flachdachbereiches eines Marktes in Dorum. Hier hätten die auf dem Dach verbliebenen Wassermassen durch ihr Gewicht zum Einsturz des Daches geführt.

Dipl.-Ing. Leitner machte in seiner Entgegnung deutlich, dass die geschilderte Ursache des Dacheinsturzes wahrscheinlich auf einen Planungsfehler bei der Planung der Abläufe des Dachbereiches zurückzuführen sei. Nach den vorliegenden Richtlinien seien zusätzliche Notabläufe, die im Falle einer Verstopfung der Hauptabläufe die Funktion der Wasserabführung sicherstellen würden, zu planen. Dies wäre wahrscheinlich versäumt worden.

Die Anfrage des Abg. Berghorn, ob sich durch die Veränderung des Entwurfes die Kubatur des Gebäudes verändert habe, wurde von Dipl.-Ing. Rothermundt bejaht. Er wies darauf hin, dass ca. 1.100 m³ umbauter Raum zusätzlich zu schaffen seien. Die sich dadurch ergebende Fläche könne - abgesehen von den Räumlichkeiten, die an der jeweiligen Stirnseite angesiedelt würden wegen der fehlenden Belichtung - nur für Nebenräume genutzt werden.

LR Bielefeld wies darauf hin, dass die durch die Veränderung des Entwurfes entstehenden Mehrkosten in Höhe von 198.000,00 € nicht finanzierbar seien. Da außerdem der ursprüngliche Entwurf wesentlich ästhetischer sei und die Schule, mit der die Alternative bereits erörtert worden sei, dieser auch ablehnend gegenüber stehe, könne aus seiner Sicht nur der ursprüngliche Entwurf umgesetzt werden. Die technischen Risiken im Bereich des Flachdaches seien klein und außerdem beherrschbar.

Die Abg. Berghorn und Misch stimmten dem Vorschlag von LR Bielefeld zu. Dies sowohl im Hinblick auf das unbefriedigende Aussehen des Alternativentwurfes, als auch im Hinblick auf die zeitliche Umsetzung.

Der Vorsitzende machte dann deutlich, dass der Entwurf vom 21.06.2004 vom Ausschuss für Hochbau, Straßen und Verkehr positiv begleitet werde und umgesetzt werden könne.

Der Vorsitzende bat sodann um die Beantwortung der Fragen, die vom Abg. Dr. Nixdorf anlässlich der Sitzung des Ausschusses für Hochbau, Straßen und Verkehr am 24.06.2004 verlesen worden und deren umgehende Beantwortung durch die Verwaltung zugesagt worden sei.

LR Bielefeld führte aus, dass die Antworten zu dem umfänglichen Fragenkatalog erarbeitet und in Form einer schriftlichen Stellungnahme zur Verteilung an die Ausschussmitglieder vorbereitet worden seien. Er schlage deshalb vor, diese Stellungnahme verteilen zu lassen. Der Fragenkatalog beinhalte im Übrigen viele Fragen, die in den dafür zuständigen Ausschüssen bereits behandelt worden seien und deshalb nicht erneut behandelt werden müssten.

Anschließend wurde die Stellungnahme zum Fragenkatalog verteilt.

Der von LR Bielefeld geäußerten Ansicht, dass bereits entsprechende Informationen geflossen seien, wurde vom Abg. Berghorn widersprochen. Er wies darauf hin, dass die notwendigen Informationen an die Schulen sowie die Eltern bisher nicht geflossen seien.

Abg. Dr. Nixdorf machte ergänzend darauf aufmerksam, dass mit der Abwicklung von baulichen Maßnahmen im Allgemeinen ein Konzept verbunden sei, welches sowohl die Abwicklung der eigentlichen Baumaßnahme als auch die sich daraus ergebenden Veränderungen im schulischen Bereich beinhalten würde. Da der Fragenkatalog im zuständigen Schulausschuss nicht hätte behandelt werden können, weil ein entsprechender Ausschuss nicht stattgefunden habe, sei der Ausschuss für Hochbau, Straßen und Verkehr als Forum für die Abarbeitung gewählt worden. Und zwar mit Zustimmung des Vorsitzenden.

Abg. Dr. Nixdorf bat dann um eine zusammenfassende Stellungnahme zum Fragenkatalog.

LR Bielefeld verwies in seiner Antwort auf die mittlerweile an die Ausschussmitglieder verteilte Stellungnahme zum Fragenkatalog und ging ergänzend auf die Situation der zu unterrichtenden Schüler in Langen ein. Dabei wurde von ihm deutlich gemacht, dass es an den beiden Langener Schulen während der anstehenden Bau- und Sanierungsphase genügend Unterrichtsräume gäbe, um den Verpflichtungen zur Beschulung der Schüler nachkommen zu können. In entsprechenden Vorgesprächen seien die sich durch die Baumaßnahme ergebenden Schwierigkeiten mit den Schulleitungen erörtert und eine Lösung für den in Rede stehenden Zeitraum erarbeitet worden. Im Rahmen dieser Phase sei auch bereits Kontakt mit der Stadt Bremerhaven aufgenommen worden, um abzustimmen, ob und wenn ja, zu welchen Konditionen ggf. Teile der Carl-Schurz-Kaserne angemietet werden könnten, um hier eine Auslagerung des Gymnasiums für die Dauer der Bauzeit vornehmen zu können. Bereits bei der ersten Kontaktaufnahme sei jedoch klar geworden, dass die Unterbringung in Räumlichkeiten der Carl-Schurz-Kaserne mit erheblichen organisatorischen Problemen und auch vor allen Dingen Kosten verbunden seien. Deshalb habe man Abstand von dieser Art der Problemlösung genommen. Gleichwohl sei dem Wunsch, sich den Kasernenbereich im Hinblick auf die mögliche Unterbringung von Schulklassen anzusehen, nachgekommen worden. Das Ergebnis sei in Form von Bildern dokumentiert worden.

KAR Lechlein berichtete ergänzend zu den Aussagen von LR Bielefeld, dass an den beiden Langener Schulen während der Sanierungsphase insgesamt 41 Allgemeine Unterrichtsräume zur Verfügung stünden. Davon befänden sich zurzeit 31 Unterrichtsräume im Gebäude Nordeschweg. Zwei Unterrichtsräume würden dort nach den Sommerferien durch entsprechende Umbaumaßnahmen zusätzlich zur Verfügung stehen, wenn die Verwaltung des Gymnasiums und das Lehrerzimmer des Gymnasiums jeweils zu einem Allgemeinen Unterrichtsraum umgebaut worden seien. Die Haupt- und Realschule werde zu Beginn des neuen Schuljahres insgesamt 32 Klassen bilden, so dass jede Klasse einen eigenen Klassenraum haben werde. Wanderklassen an der Haupt- und Realschule werde es nicht geben.

Das Gymnasium werde aller Voraussicht nach aus 17 Klassen bestehen. Während der Baumaßnahmen am Gebäude Lankenweg verfüge das Gymnasium - egal welcher Bereich des Altbaus gerade saniert werde - über acht Allgemeine Unterrichtsräume im Erdgeschoss. Fünf Räume im Untergeschoss würden darüber hinaus vom Gymnasium für den Allgemeinen Unterricht genutzt werden. Die Raumsituation werde dadurch

entlastet, dass Klassenverbände tw. einen Tag Fachunterricht in den Räumlichkeiten am Schulzentrum Nordeschweg haben würden. Deshalb können 13 Klassen im Gebäude am Lankenweg unterrichtet werden. Vier Klassen des Gymnasiums würden in der Haupt- und Realschule beschult werden. Hierfür stehe ein Allgemeiner Unterrichtsraum zur Verfügung. Um auch jeder dieser Klassen einen eigenen Raum anbieten zu können, seien die beiden Schulleitungen überein gekommen, einen Musikraum und zwei Kunsträume für die Zeit der Bauphase als Allgemeinen Unterrichtsraum auszuweisen. Wanderklassen werde es demnach weder am Gymnasium noch an der Realschule geben.

Anschließend wurden die anlässlich der Begehung der Carl-Schurz-Kaserne in Bremerhaven gemachten Bilder der Räumlichkeiten mittels PowerPoint-Präsentation gezeigt und von Dipl.-Ing. Leitner im Einzelnen erläutert. Nach Vorstellung des Bildmaterials und dem Hinweis von LR Bielefeld, dass die notwendigen Umbau- und ggf. nach Beendigung der Maßnahme Rückbaumaßnahmen einschl. der Mieten und Beförderungskosten einen mindestens sechststelligen Betrag ausmachen würden, bestand im Ausschuss Einvernehmen darüber, auf eine Auslagerung des Gymnasiums Langen für die Dauer der Bauzeit zu verzichten.

Der Vorsitzende teilte mit, dass er sich das Schulzentrum Langen angesehen und in den Bereichen, die ihm gezeigt worden seien, unhaltbare bauliche Zustände vorgefunden habe. Der allgemeine Eindruck sei erschreckend gewesen. Dies sei zurückzuführen auf verschmierte Wandbereiche, abgängige Fußbodenbeläge, zum Teil desolate Elektroinstallationen und ähnliches. Die Inaugenscheinnahme des Eingangsbereiches habe u. a. auch erhebliche Defizite bei der Wartung, z. B. der Türanlagen, erkennen lassen.

Eine Kontaktaufnahme mit den Lehrern habe ergeben, dass von dort gemeldete Schäden, z. B. an den Hausmeister nicht weiter verfolgt würden, und es zum Teil Jahre dauere, bis entsprechende Mängel abgestellt würden. Der Vorsitzende bat, sich des Problems anzunehmen und entsprechend zu berichten.

Dipl.-Ing. Leitner bat um Verständnis dafür, dass er zu den Aussagen des Vorsitzenden zurzeit nichts Konkretes aussagen könne. Er wies jedoch darauf hin, dass nach seiner Kenntnis die Bauunterhaltung der kreiseigenen Liegenschaften entsprechend der jeweiligen Notwendigkeit durchgeführt worden seien. Allerdings stünde nur ein gewisses Budget für die Abwicklung der Maßnahmen zur Verfügung. Dieses Budget werde verwaltungsintern auf die einzelnen Liegenschaften aufgeteilt und die baulichen Maßnahmen im laufenden Jahr im Rahmen des zur Verfügung stehenden Kostenrahmens abgearbeitet. Außergewöhnliche Ereignisse, wie z. B. die Notwendigkeit von größeren Dachsanierungsmaßnahmen oder aber auch Vandalismusschäden durch die Kinder und Jugendlichen mache es in Einzelfällen notwendig, interne Verschiebungen der Einzelansätze vornehmen zu müssen. Das wiederum erfordere das Herunterfahren von entsprechenden Maßnahmen an anderer Stelle. Das Gesamtbudget könne nicht überschritten werden. Gleichwohl müsse dafür Sorge getragen werden, dass das jeweilige Gebäude ausreichend bauunterhalten werde. Des Problems werde sich kurzfristig angenommen.

Der Vorsitzende teilte ergänzend mit, ihm sei im Rahmen von Gesprächen mit Politikern des Landkreises Stade mitgeteilt worden, dass für die dort anstehende Baumaßnahme für die Erweiterung des Gymnasiums kein Zuschuss vom Landkreis fließen würde. Er bat um Mitteilung, ob diese Information zutreffend sei.

LR Bielefeld entgegnete, dass ihm entsprechende Äußerungen nicht bekannt seien. Die Gespräche in der Sache seien bisher mit dem Landrat bzw. dessen Stellvertreter geführt worden. Danach sei der Landkreis Stade bereit, zum Neubau einen entsprechenden Zuschuss zu bezahlen. Sollte diese Aussage widerrufen werden, sei die weitere Beschulung der aus dem Landkreis Stade kommenden Schüler in Frage gestellt. Die Beschlusslage lasse dann eine weitere Beschulung nicht zu.

Der Ausschuss für Hochbau, Straßen und Verkehr nahm Kenntnis.

Punkt 3: Mitteilungen und Anfragen

3.1 Dringlichkeitsantrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 07.07.2004 zu den Umbauarbeiten zur Einrichtung des Schulzentrums Beverstedt als Ganztagschule

Abg. Dr. Nixdorf verlas in Abwesenheit von der stellvertretenden Vorsitzenden der SPD-Kreistagsfraktion im Landkreis Cuxhaven, Frau Daniela Krause-Behrens, einen Dringlichkeitsantrag vom 07.07.2004 zu den Umbauarbeiten und zur Einrichtung des Schulzentrums Beverstedt als Ganztagschule und verband dies mit der Bitte um entsprechende Information zum Sachstand auch der Mensa für das Schulzentrum Hagen.

Der Dringlichkeitsantrag ist der Niederschrift als Anlage beigelegt.

LR Bielefeld teilte mit, dass Planungen für die Einrichtung von provisorischen Mensen sowohl für das Schulzentrum Beverstedt als auch für das Schulzentrum Hagen seit Mitte April diesen Jahres vorlägen. Die mit der Umsetzung verbundenen Kosten seien ermittelt und in den Nachtragshaushalt des Jahres 2004 eingestellt worden. Bisher sei es jedoch nicht möglich gewesen, mit den Baumaßnahmen vor Ort beginnen zu können, weil die entsprechenden Rahmenbedingungen noch nicht gegeben seien. So gäbe es weder Bewilligungsbescheide des Landes für die Maßnahme, aus der abzulesen sei, in welcher Höhe Mittel für die Maßnahmen übernommen würden, noch sei die Frage der Essenanlieferung abschließend geklärt. Entgegen ursprünglicher Ansicht gäbe es eine Vielzahl von Lieferanten, die das Essen liefern wollten. Die zu liefernden Essensmengen hätten mittlerweile auch eine Dimension angenommen, die es erfordere, entsprechende Ausschreibungen tätigen zu müssen. Außerdem sei die Frage des Full- oder Teilcatering bisher nicht gelöst. Fakt sei jedoch, dass bei einem Teilcatering, d. h. bei Essenanlieferung mit anschließender Notwendigkeit der Reinigung des Geschirrs durch den Landkreis Cuxhaven, eine entsprechende Spülküche vorgehalten werden müsse, die es erfordere, auch einen später nicht wieder verwendbaren Fettabscheider einbauen zu müssen. Allein der Einbau dieser Fettabscheider würde erhebliche Haushaltsmittel erfordern. Es sei deshalb für die Übergangslösung versucht worden, das Essen von einem Fullcaterer zu erhalten, der nach Beendigung der Mahlzeit nicht nur die Essensreste, sondern eben auch das Geschirr wieder mitnimmt und anschließend reinigt. Dies sei jedoch nicht zu den Kosten zu bewerkstelligen, die verschiedentlich zu hören seien. Die noch nicht abgeschlossenen Auswertungen hätten Kosten von 4,75 bis 6,10 € pro Essen mit sich gebracht. Ein Betrag, der nach unten korrigiert werden müsse, solle er entsprechende Akzeptanz finden. Die Verwaltung sei dabei, die Voraussetzungen für die Vergabe der Leistungen zu schaffen. Dies sei jedoch aller Voraussicht nach nicht zum Schuljahresbeginn 2004/2005, d. h. nach den Sommerferien diesen Jahres zu schaffen. Daran scheitere aber aus seiner Sicht die Einrichtung einer Ganztagschule nicht.

Der Ausschuss für Hochbau, Straßen und Verkehr nahm Kenntnis.

Punkt 4: Einwohnerfragestunde

Herr Faße, Lehrer an der OS Langen, führte aus, dass die Beschulung der Schüler des Gymnasiums Langen in der Carl-Schurz-Kaserne auch von ihm als Übergangslösung gesehen worden sei. Bei der Begehung der Gebäude, die im Rahmen der Sitzung in Bildern vorgestellt worden sei, hätten seine Frau und er auch die Notwendigkeit von Veränderungen gesehen. Durch die Entscheidung des Ausschusses sei die Frage der möglichen Auslagerung des Gymnasiums jedoch eindeutig entschieden worden. Fakt sei nun, dass bereits die Kinder ab der 5. Klasse im Schulzentrum Langen beschult würden. Diese Kinder würden bisher an Standorten unterrichtet, die den Bedürfnissen des Alters angepasst seien. Diese Voraussetzungen seien aus seiner Sicht am Schulzentrum Langen nicht gegeben. Dies habe u. a. auch der Vorsitzende in seiner Anmerkung zum baulichen Zustand des Schulzentrums Langen zum Ausdruck gebracht.

Herr Faße verband den Hinweis auf die aus seiner Sicht problematische Situation am Schulzentrum Langen mit der Frage, ob zumindest die Klassenbereiche für die Fünftklässler so hergerichtet werden könnten, dass sie den bisher gewohnten Standards entsprechen würden.

LR Bielefeld entgegnete, dass es allein den Schulleitungen obliegen würde, für entsprechende Voraussetzungen zu sorgen. Die Notwendigkeit der Durchführung von baulichen Maßnahmen werde durch den Technischen Gebäudeservice eruiert.

Dipl.-Ing. Leitner erklärte sich bereit, sofern notwendig, entsprechende bauliche Maßnahmen zu veranlassen.

Der Ausschuss für Hochbau, Straßen und Verkehr nahm Kenntnis.

Der Vorsitzende schloss, da weitere Fragen im Rahmen der Einwohnerfrage zum öffentlichen Teil des Ausschusses für Hochbau, Straßen und Verkehr nicht gestellt wurden, um 14.20 Uhr die Sitzung.

Heitzig
Kreisverwaltungsoberrätin

Leitner
Dipl.-Ing.
als Protokollführer